

Ressort: Politik

Union wirft DIW Wahlkampfhilfe für SPD und Grüne vor

Berlin, 06.02.2013, 15:32 Uhr

GDN - Finanzpolitiker von Union und FDP haben mit scharfer Kritik auf einen Vorschlag des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) reagiert, Vermögende in Deutschland höher zu besteuern. Eine Erhöhung der Abgeltungsteuer, wie von dem Institut vorgeschlagen, stehe nicht zur Debatte.

"SPD und Grüne werden sich beim DIW für die Wahlkampfhilfe bedanken", sagte der finanzpolitische Sprecher der Unions-Bundestagsfraktion, Klaus-Peter Flosbach (CDU), "Handelsblatt-Online". "Mit wissenschaftlicher Analyse hat das nichts zu tun." Die deutsche Abgeltungsteuer sei bereits vergleichsweise hoch, gab der CDU-Politiker zu bedenken. Zusammen mit Soli und Kirchensteuer komme man auf rund 28 Prozent. Dagegen würden Kapitalerträge in Europa im Schnitt mit deutlich weniger als 20 Prozent besteuert. Der FDP-Finanzexperte Volker Wissing warnte vor einem Verfassungsbruch bei dem Thema. Die Forderung des DIW nach einer höheren Abgeltungssteuer auf private Kapitalvermögen bei Beibehaltung einer niedrigeren Abgeltungsteuer auf betriebliche Kapitalvermögen sei in der Praxis "kaum durchführbar", sagte Wissing "Handelsblatt-Online". Die Unterscheidung zwischen Privat- und Betriebsvermögen sei schon bei der Erbschaftsteuer ein Grund dafür, weshalb diese verfassungsrechtlich "sehr problematisch" sei. "Das DIW begibt sich mit seinen steuerpolitischen Forderungen erkennbar auf einen Kollisionskurs mit der Verfassung." Der DIW-Steuerexperte Stefan Bach hatte in einem Gastbeitrag für "Handelsblatt-Online" für den Fall, dass Vermögende höher besteuert werden sollten, dafür plädiert, bei kleinen und mittelständischen Unternehmen Liquidität und Selbstfinanzierung zu schonen. "Hohe Kapitaleinkommen von Privatanlegern könnte man aber durchaus wieder stärker belasten als mit 25 Prozent Abgeltungsteuer plus Soli", so Bach. "So könnte man den Abgeltungsteuersatz anheben, die Kapitaleinkünfte wieder progressiv besteuern oder eine moderate Vermögensteuer oder -abgabe einführen." Zudem schlägt Bach vor, die "überzogenen Vergünstigungen" für Betriebsvermögen bei der Erbschaftsteuer zu reduzieren.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-7225/union-wirft-di-wahlkampfhilfe-fuer-spd-und-gruene-vor.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619